



Öffentliche Schulden

Zum Jahresende 2020 beliefen sich die Schulden von Bund, Ländern und Kommunen auf rund 2.172 Mrd. Euro. Dies ist ein Corona-bedingt deutlicher Anstieg um 14,4 Prozent. Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände nahm leicht zu und beläuft sich nun auf rund 132,5 Mrd. Euro, 31,6 Mrd. Euro sind Kassenkredite. Für das laufende Jahr ist angesichts der fiskalischen Auswirkungen der Corona-Krise mit einem spürbaren Anstieg der Verschuldung zu rechnen. Um eine kommunale Finanzkrise zu vermeiden, müssen Länder und Bund für die Kommunen zwingend einen „2. Corona-Rettungsschirm“ aufspannen.

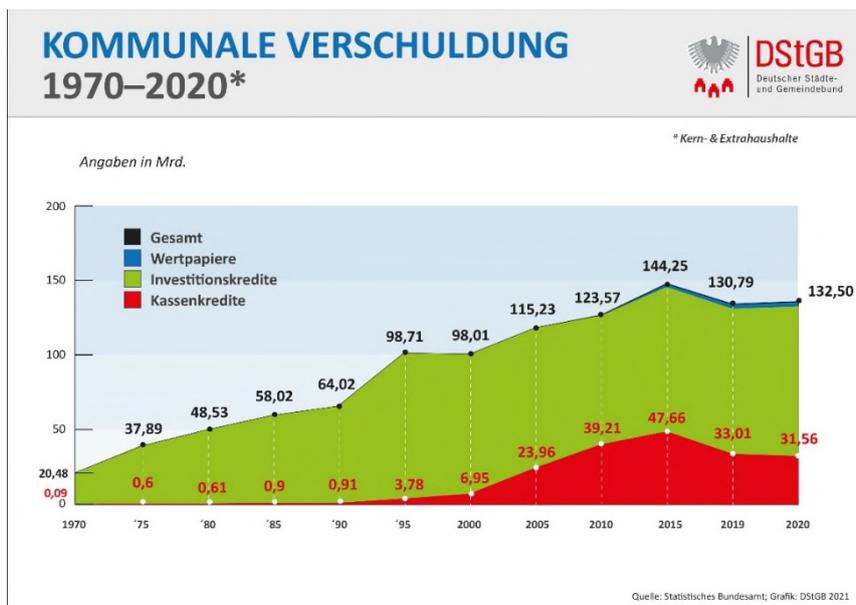
Ende März 2021 hat das Statistische Bundesamt die vorläufigen Ergebnisse zum Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts (einschließlich Sozialversicherung und aller Extrahaushalte) veröffentlicht.

Zum Stichtag 31.12.2020 lag die Gesamtverschuldung beim nicht-öffentlichen Bereich bei 2.171,8 Mrd. Euro. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 26.128 Euro. Der Schuldenstand stieg im Vergleich zum Vorjahr damit deutlich um 14,4 Prozent (273,1 Mrd. Euro) an. Der Anstieg ist im Wesentlichen in der Aufnahme finanzieller Mittel zur Bewältigung der Corona-Krise begründet. Entsprechend stark war mit +18,1 Prozent (214,9 Mrd. Euro) auch der Schuldenaufwuchs beim Bund auf nun 1.403,4 Mrd. Euro. Die Verschuldung der Länder stieg im Vergleich zum Vorjahr um 9,9 Prozent beziehungsweise 57,1 Mrd. Euro auf nun 635,8 Mrd. Euro an.

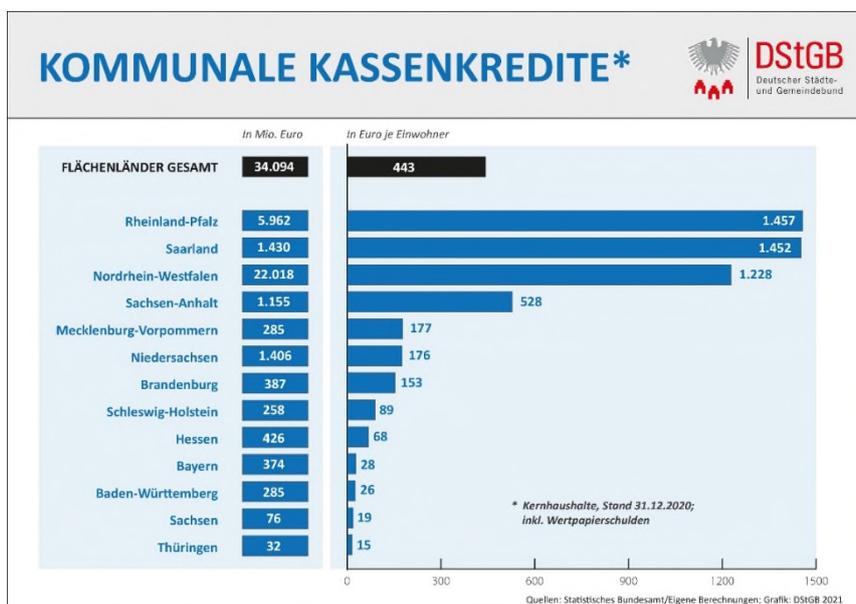
Im Vergleich zu Bund und Ländern fiel der Schuldenaufwuchs auf kommunaler Ebene, insbesondere auch aufgrund des kommunalen Rettungsschirms, mit 0,9 Prozent (1,1 Mrd. Euro) im vergangenen Jahr noch moderat aus. Zum 31.12.2020 waren die Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich mit 132,5 Mrd. Euro verschuldet. Hiervon entfielen 31,564 Mrd. Euro auf Kassenkredite, 3,101 Mrd. Euro auf Wertpapiere und 97,830 Mrd. Euro auf Investitionskredite.

Die Entwicklung der kommunalen Verschuldung verlief dabei regional unterschiedlich. Während statistisch die Schulden vor allem in den Kommunen in Baden-Württemberg (+7,7 Prozent), Bayern (+6,8 Prozent) und Hessen (+6,2 Prozent) anstiegen, waren sie insbesondere im Saarland (-13,8 Prozent), in Sachsen (-11,3 Prozent) und in Brandenburg (-10,6 Prozent) rückläufig. Der Schuldenrückgang der saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände ist zum Großteil dadurch begründet, dass das vom Land verwaltete „Sondervermögen Saarlandpakt“ über das Jahr 2020 hinweg 408,5 Mio. Euro an kommunalen Kassenkrediten übernommen hat.

Wie die folgende Grafik zeigt, über einen längeren Betrachtungszeitraum ging die Verschuldung seit dem Jahr 2015 kontinuierlich zurück und steigt nun wieder leicht an. Positiv hervorzuheben sei, dass der kommunale Kassenkreditbestand weiter rückläufig war. Es steht zu befürchten, dass die enormen fiskalischen Auswirkungen der Corona-Pandemie in diesem Jahr noch stärker durchschlagen und zu einer spürbaren Zunahme der kommunalen Verschuldung führen werden.



Betrachtet man nur die Kernhaushalte, so beläuft sich der kommunale Schuldenstand auf 117,368 Mrd. Euro. Hiervon sind 30,992 Mrd. Euro Kassenkredite, gut zwei Drittel gehen dabei mittlerweile auf Kommunen in Nordrhein-Westfalen zurück (20,03 Mrd. Euro). Aufgrund der Teilentschuldung über den Saarlandpakt ist die Pro-Kopf-Verschuldung bezogen auf Kassenkredite und Wertpapierschulden in Rheinland-Pfalz nunmehr am höchsten.



Von den 117 Mrd. Euro Schulden entfallen zum 31.12.2020 54,99 Mrd. Euro auf die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter, 46,61 Mrd. Euro auf die kreisfreien Städte, 14,75 Mrd. Euro auf die Landkreise und 1,02 Mrd. Euro auf die Bezirksverbände.

Die Fachserie zum vorläufigen Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts zum 31.12.2020 kann unter: www.destatis.de abgerufen werden.

(Quelle: DStGB-Aktuell 13/1421-06)

jl-ru